



Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- Sonstiges Sondergebiet "Großflächiger Einzelhandelsbetrieb" (§11 BauNVO)
- Allgemeine Wohngebiete (§4 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

- 0,45 Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
- 0,45 Grundflächenzahl
- FH Firsthöhe als Höchstmaß
- FD Flachdach
- GR = 410 m² Grundflächenzahl
- s Satteldach mit 30° Dachneigung

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

- Baugrenze
- Geschlossene Bauweise
- Abweichende Bauweise

Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

- Strassenbegrenzungslinie
- Straßenverkehrsflächen
- Einfahrtbereich

Grünflächen (§9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

- Grünflächen privat
- Parkanlage

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege, und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)
- Stellplätze
- Gemeinschaftsgaragen
- Nutzungsbeschränkung oder Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§9 Abs. 7 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)

PLANZEICHEN OHNE NORMCHARAKTER

- Flurstücksgrenzen
- Baukörper
- künftig fortfallende bauliche Anlage
- Wohngebäude
- Nutzgebäude

planung: **blanc**
 architektur stadtplanung landschaftsplanung
 verkehrswesen regionalplanung umweltschutz
 Friedrichstraße 10a 23701 Eutin
 Tel.: (04521) 798811 Fax: (04521) 798810
 email: eutin@planung-blanc.de

SATZUNG DER HANSESTADT LÜBECK

TEIL B

zum Bebauungsplan 21.02.11 – Moising-West, Anderssenring

(11. Änderung)

Fassung vom 02. Januar 2006

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.1 Sonstiges Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb“ gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
 Das Sonstige Sondergebiet dient der Unterbringung eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes.
 Zulässig sind:
 - ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb mit zentrenrelevanten Sortimenten, Schwerpunkt Lebensmittelmarkt, und einer maximalen Netto-Verkaufsfläche von 1.400 m².
 - ein dem Einzelhandel untergeordnetem Non-Food-Sortiment auf nicht mehr als 20 % der Netto-Verkaufsfläche.
 Die Netto-Verkaufsfläche (NVFK) ist die Fläche, auf der die Verkäufe abgewickelt werden und die von den Kunden zu diesem Zweck betreten werden darf. Hierzu zählen auch Ausstellungs- und Schaufensterflächen für jegliche Art der Warenpräsentation, Stellflächen für Einrichtungsgegenstände, Kassenzonen, Verkehrsflächen (Gänge) und innerhalb der Verkaufsräume befindliche und diese miteinander verbindende Treppen und Aufzüge sowie Bereiche von Warenpräsentationen und Verkauf im Freien, soweit die vorgenannten Flächen den Kunden zugänglich sind. Nicht zur Verkaufsfläche zählen die Packzonen hinter den Kassen, reine Lagerflächen, Büro- und Sozialräume sowie Hausleittechnikräume.
 Ausschluss ausnahmsweise zulässiger Nutzungen
 Im Allgemeinen Wohngebiet sind die Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil der Satzung und somit nicht zulässig; (§ 1 Abs. 6 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

2.1 Im Sonstigen Sondergebiet ist eine Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl durch die in § 19 (4) BauNVO aufgeführten Anlagen bis zu einer Gesamtgrundflächenzahl vom 0,9 zulässig. (§ 19 Abs. 4 BauNVO)
 Baukörper dürfen ausnahmsweise auch auf der Grenze gebaut werden, wenn keine sonstigen Belange dem entgegenstehen (§ 22 Abs. 4 BauNVO).
 Ein Überschreiten der örtlichen Baugrenze im Sonstigen Sondergebiet ist für folgende bauliche Anlagen bis zu einer Tiefe von 8 m zulässig (§ 23 BauNVO):
 - Nebennutzflächen
 - Überdachungen
 - Eingangsbereiche

3. Nebenanlagen und Stellplätze § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

In den Baugebieten sind Stellplätze nur auf den in der Planzeichnung festgesetzten Flächen zulässig.

4. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

4.1 Die Stellplätze dürfen nur mittels wasser- und luftdurchlässigen Belägen, die eine Durchlässigkeit von 50% garantieren, befestigt werden. Im Kronenbereich der zum Erhalt festgesetzten Bäume (siehe auch Bindungen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen) sind keine Befestigungen zulässig.
 4.2 Die im Norden des Flurstückes 29/190 stehenden Einzelbäume sind bis auf die Trauerweide (*Salix alba* var. *tristis*) zu erhalten und in die Stellplatzanlage bzw. Maßnahmenfläche zu integrieren. Die Sandbirke (*Betula pendula*) im Südwesten des Flurstückes 29/190 ist ebenfalls zu erhalten.
 4.3 Innerhalb der Maßnahmenfläche im Norden des Geltungsbereichs ist der vorhandene Gehölz- und Baumbestand durch Strauchpflanzungen zu ergänzen. Es sind mindestens 20 Stück Sträucher in der Qualität vStr. zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Gehölzarten können dem Grünordnungsplan entnommen werden.
 4.4 Innerhalb der Maßnahmenfläche entlang der westlichen Geltungsbereichsgrenze sind Pflanzungen zur Fassadenbegrenzung des Gebäudes vorzunehmen. Es sind mindestens 15 Stück Kletter-, Schling- oder Rankpflanzen mit den im Grünordnungsplan empfohlenen Arten zu pflanzen. Es ist Containerware mit mindestens 100-150 cm langen Trieben vorzusehen. Auf der Restfläche sind mindestens 50 Stück Sträucher Sträucher in der Qualität vStr. zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Gehölzarten können dem Grünordnungsplan entnommen werden. Zusätzlich sind 5 heimische Hochstammabäume mit einem Mindeststammumfang von 14-16 cm zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Ebenso sind an der Gasseite der Lärmschutzwand 1 mindestens 10 Stück Kletter-, Schling- oder Rankpflanzen mit den im Grünordnungsplan empfohlenen Arten zu pflanzen. Geeignete Arten sind dem Grünordnungsplan zu entnehmen.

4.5 Innerhalb der Stellplatzanlage ist mindestens 1 heimischer Baum je 6 Stellplätze als HSt mit einem Mindeststammumfang von 14-16 cm zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Größe der Baumscheibe muss mindestens 4,5 m² betragen. Geeignete Arten sind dem Grünordnungsplan zu entnehmen.

4.6 Das Dach des Marktgebäudes, die unter Pkt. 6.4 festgesetzte Einhausung der Ladzone und die unter Punkt 6.5 festgesetzte Lärmschutzwand 1 im Bereich der Stellplatzüberdachung im sonstigen Sondergebiet sind extensiv zu begrünen. Die Substratdicke muss mindestens 10 cm betragen. Ausgenommen von der Begrünung sind Dachflächen von Gebäudeteilen, wo aus technischen Gründen kein Substratauftrag mit nachfolgender Begrünung möglich ist.

5. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen Vorkehrungen und anlagen § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

5.1 Für den geplanten Einzelhandelsbetrieb beträgt die zulässige Betriebszeit werktags von 07.00 Uhr bis 20.00 Uhr.
 5.2 Die Belieferung muss werktags in der Zeit von 06.00 Uhr bis 22.00 Uhr erfolgen.
 5.3 In der Nachtzeit zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr sind auf dem Gelände des Sondergebietes, mit Ausnahme des Betriebes der Technikzentralen, aus Gründen des Immissionsschutzes keine weiteren Aktivitäten zulässig.
 5.4 Die Ladzone für die Belieferung des festgesetzten Einzelhandelsbetriebes ist gemäß Angaben der schalltechnischen Untersuchung einzuhausen. Die Einhausung ist auch im Bereich des Bodens und des Hausanschlusses fugendicht auszuführen. Die Länge der Einhausung beträgt mindestens 23 m, die Höhe 4,5 m. Die Außenbauteile sollen ein bewertetes Schalldämm-Maß von mindestens R_w = 30 dB aufweisen. Es ist ein breitbandig absorbierendes Material zu wählen, dass auch im tieffrequenten Frequenzbereich ab 125 Hz ein gutes Absorptionsvermögen (α ~ 0,5 - 0,6) aufweist.
 Die Decke der Einhausung ist mit einem schallsorbierenden Material zu bekleiden (siehe Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen).
 5.5 Die in der Planung festgesetzten Schallschirme (Lärmschutzwand 1 und 2) müssen gemäß der schalltechnischen Untersuchung ausgeführt werden.
Lärmschutzwand 1 mit Stellplatzüberdachung:
 Die Lärmschutzwand 1 ist reflektierend mit einer Höhe von mindestens 2 m über Stellplatzniveau am Anschluss an die Einhausung, gleichmäßig abfallend auf eine Höhe von 2 m über Stellplatzniveau an der Zufahrt Schneewittchenweg auszuführen. Die geschlossene Oberfläche muss eine flächenbezogene Masse von mindestens 40 kg/m² aufweisen.
 Innerhalb dieser Anforderungen kann das Material für den Schallschirm frei gewählt bzw. kombiniert werden (siehe Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen).
 Die Befestigung der Wege und Zufahrten hat mit Asphalt zu erfolgen.

6. Zuordnung der Ausgleichsflächen § 9 Abs. 1a BauGB

Die im Bebauungsplan festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft werden als erforderliche Ausgleichsmaßnahme dem SO-Gebiet zugeordnet.

II. Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 92 Abs. 1 LBO vom 10.01.2000 (GVOBI Schl.-H. S. 203))

1. **Werbeanlagen**
 1.1 In dem Bereich zwischen den Straßenbegrenzungslinien und den Baugrenzen sind Anlagen der Außenwerbung nicht zulässig.
 1.2 Mit dem Gebäude verbundene Anlagen der Außenwerbung dürfen innerhalb der überbaubaren Flächen die festgesetzte Firsthöhe der Gebäude nicht überschreiten.
 1.3 Anlagen der Außenwerbung dürfen nur auf der Ost- und Südfassade angebracht werden und je Fassade nicht mehr als 10 m² Gesamtfläche aufweisen.
 1.4 Werbeelemente mit Blink- oder Wechselbeleuchtung sind unzulässig.
 1.5 Beleuchtete Werbeanlagen sind nur zulässig, wenn von ihnen keine die benachbarte Wohnnutzung beeinträchtigen Lichtemissionen ausgehen.
 1.6 Die Werbung im Sonstigen Sondergebiet darf in der Zeit von 22:00 bis 06:00 in Richtung der Wohnbebauung eine Aufhellung von 1 Lux in der Summe nicht überschreiten.

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses des Bauausschusses der Hansestadt Lübeck vom 17.01.2005. Die örtliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in der Lübecker Stadtzeitung am 25.01.2005 erfolgt.
 L. S.
 Im Auftrag
 Der Bürgermeister
 Fachbereich Planen und Bauen
 Bereich Stadtplanung

2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 (1) S. 1 BauGB ist vom 27.10.2004 bis einschließlich 11.11.2004 durchgeführt worden.
 L. S.
 Im Auftrag
 Der Bürgermeister
 Fachbereich Planen und Bauen
 Bereich Stadtplanung

3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 28.10.2004 unterrichtet und zur Aufklärung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert worden.
 L. S.
 gez. Boden
 Franz-Peter Boden
 Baustarner

4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 21.03.2005 zur Abgabe von Stellungnahmen zum Planentwurf und der Begründung aufgefordert worden.
 L. S.
 gez. Boden
 Franz-Peter Boden
 Baustarner

5. Der Bauausschuss hat am 15.04.2005 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

6. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), die Begründung mit Umweltbericht sowie ein Grundordnerischer Begleitplan und eine schalltechnische Untersuchung haben in der Zeit vom 04.05.2005 bis zum 06.06.2005 während der Dienststunden nach § 3 (2) BauGB öffentlich ausliegen.
 Die öffentlich Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 26.04.2005 in der Lübecker Stadtzeitung öffentlich bekannt gemacht worden. Außerdem ist in der amtlichen Bekanntmachung darauf hingewiesen worden, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

7. Der katasterrechtliche Bestand am 05.05.2006 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

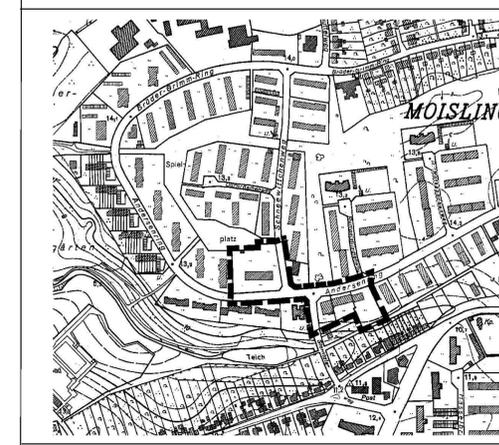
8. Die Bürgerhaft hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 23.02.2006 als Satzung beschlossen und die Begründung durch (einfachen) Begehruß bestätigt.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

9. Ausfertigung der Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird nicht ausgeteilt und ist bekannt zu machen.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

10. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Servicezeiten von allen Interessierten eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 27.02.2007 öffentlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Vorschriften einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen gem. § 215 (2) BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche gem. § 44 BauGB hingewiesen worden. Auf die Bestätigung des § 4 (2) BauGB wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem 28.02.2007 in Kraft getreten.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

Aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) und § 9 (4) BauGB sowie nach § 92 Landesbauordnung wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 23.02.2006 die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 21.02.11 – Moising-West / Anderssenring - bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.
 L. S.
 L. S.
 L. S.

SATZUNG DER HANSESTADT LÜBECK ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 21.02.11 MOISLING – WEST, ANDERSENRING (11. ÄNDERUNG)



Hansestadt LÜBECK
 Der Bürgermeister
 Fachbereich Stadtplanung
 Bereich Stadterneuerung